

Prof. Dr. Siegfried Blasche

## Die Gründungen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 e.V. und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (1949)

(Vortrag am 20. Oktober 2004 in den Räumen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung)

*Prolog:* Am 7. Juni 1961 bemerkte der Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) Erich Welter in einem protokollierten und ausführlichen Gespräch, das er mit deren Geschäftsführer Werner Hoffmann und Max H. Schmid führte, dem die Zeitung zehn Jahre zuvor wohl einmal das finanzielle Überleben durch eine Spende in Höhe von 300.000,00 DM zu danken hatte: „[...] wir müssen eines Tages auch - das ist ganz unvermeidlich, das haben alle großen Zeitungen seit jeher getan (Ullstein, Frankfurter Zeitung) – wir müssen eines Tages die Geschichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schreiben, und zwar allerspätestens zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen“. Es gehe insbesondere darum, die „Großzügigkeit der Förderer, die sich ihrer Rechte entäußert haben für die Stiftung“ zu würdigen. – Diese Geschichte ist bis heute ein Desiderat.

Aber es sind nicht nur die teils großherzigen, teils auch durchaus rechnenden Förderer, an die es sich zu erinnern lohnt.

Am 25. Oktober 1951 schrieb Werner Hoffmann, damals seit etwas mehr als einem Jahr Geschäftsführer der FAZ, an die Herren Mitglieder des Vorstandes der *Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 e.V.* (WIPOG), z.Hd. von dessen Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Rudolf Mueller: „Sehr geehrte Herren! Solange Herr Otto Klepper dem Vorstand der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft angehört, kann ich aus den Ihnen bekannten Gründen nicht im Vorstand Ihrer Gesellschaft bleiben und lege daher mit dem heutigen Tag mein Amt nieder und bitte, meine Mitgliedschaft zu löschen. Dieser Entschluß fällt mir schwer, weil ich mit den anderen Mitgliedern Ihrer Gesellschaft nur angenehme Beziehungen gehabt habe.“ Der Rücktritt Hoffmanns aus der WIPOG ist der Endpunkt der Geschichte, die mein Thema ist. Sie begann reichlich zwei Jahre zuvor. Eine Woche vor dem zitierten Brief Hoffmanns hatte die WIPOG ihren Besitztitel an der FAZ GmbH in Höhe von 51% an einen anderen Gesellschafter abgegeben.

Wir haben die Namen von zweien der Matadoren – Klepper und Hoffmann – genannt. Hoffmanns wichtige Rolle in der Gründungsgeschichte der FAZ ist bislang nicht hinreichend gewürdigt worden. Über Klepper gibt es eine gut recherchierte, aber die handlungsrelevanten Schattenseiten seiner komplexen Persönlichkeit ausglättende Biographie. – Es werden im folgenden viele Namen genannt werden müssen, und es werden auch einige Zahlen zu nennen sein. Es gibt Hintergrundpositionen und -personen in Form noch bestätigungsbedürftiger Vermutungen, über die ich nicht allzusehr ausgreifend, aber doch gelegentlich ein wenig spekulieren will.

Klepper war parteiloser Finanzminister in dem von SPD und Zentrum getragenen letzten preußischen Kabinett unter Otto Braun und während der Zeit des Reichskommissariats für Preußen unter von Papen bis März 1933 gewesen. Er emigrierte, lebte nach Aufhalten in Finnland, Spanien, China und USA mehrere Jahre in Mexiko und kehrte im Jahr 1947 nach Deutschland zurück. Er war zwischen 1943 und 1946 Mitarbeiter der in Santiago de Chile erschienenen Wochenschrift „Deutsche Blätter. Für ein europäisches Deutschland gegen ein deutsches Europa“. Nach seiner Rückkehr war er einer der Gründer der WIPOG, über mehrere Jahre dann deren stellvertretender Vorsitzender. Seine Stunde schlug, als er nach der wesentlich von ihm und der WIPOG betriebenen Gründung der FAZ für ein knappes Jahr deren erster Geschäftsführer wurde. Er vertrat knapp zwei Jahre lang die Interessen der WIPOG in der Gesellschafterversammlung der FAZ GmbH, war stellvertretender Vorsitzender in deren Verwaltungsrat und

nahm an den Sitzungen des Fördererausschusses teil. – Im Nachruf zu seinem Tod im Jahr 1957 schrieb Ulrich von Pufendorf, der spätere langjährige Vorsitzende der WIPOG, daß es Klepper trotz „seines unbestreitbaren Verdienstes an Start und Gründung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nicht gelungen sei, „hier eine ihm gemäße publizistische Plattform zu gestalten“. Diese Formulierung ist durchaus doppeldeutig.

Werner Hoffmann entstammte einer angesehenen Görlitzer Zeitungsverlegerfamilie. Er war Direktor der Zellstoffwerke Waldhof AG und zunächst Beauftragter des schon genannten überaus einflußreichen Generaldirektors dieser Aktiengesellschaft Schmid, des sich zwischen 1949 und 1952 für die FAZ am stärksten in finanzieller Hinsicht engagierenden Förderers. Er war es, der seinen Direktor Hoffmann ab September 1950 für die FAZ als Geschäftsführer freistellte.

Die WIPOG hält sich mit Recht etwas darauf zugute, daß Ludwig Erhard zu ihren Gründungsmitgliedern gehörte. Erhard hatte sich 1943 im Rahmen der „Reichsgruppe Industrie“ intensiv mit einer möglichen deutschen Nachkriegswirtschaft beschäftigt. In einem von ihm 1944 verfaßten umfangreichen Memorandum findet sich aber noch nichts, was sich als ein Vorkonzept einer *Sozialen Marktwirtschaft* interpretieren ließe. Er stellte sich „irgendwas ‘zwischen der totalen Staatswirtschaft ... und einer freien, liberalen Wirtschaft vor“ (Hentschel). Ein Jahr lang war Ludwig Erhard, unglücklich agierend, mit amerikanischer Protektion bayerischer Wirtschaftsminister und ab Oktober 1947 Vorsitzender der *Sonderstelle für Geld und Kredit* in Bad Homburg v.d.Höhe. Einen Monat später wurde die WIPOG in Frankfurt am Main gegründet.

Schon während der Nazizeit, Ende der dreißiger Jahre, hatte sich in Deutschland eine nationalökonomische Schule etabliert, deren Stunde nun im Nachkriegsdeutschland kam. Im Jahr 1940 waren Walter Euckens *Grundlagen der Nationalökonomie* erschienen, die bis 1944 vier Auflagen erlebten und nach dem Krieg kontinuierlich weiter erschienen. Dieser nationalökonomischen *Freiburger Schule* wandte sich Erhard nach 1945 zu. Als grundlegend galt die Einsicht, daß die als Gesellschaft, Staat und Recht faßbare Ordnung, innerhalb deren gewirtschaftet wird, das Wirtschaften selbst einsinnig beeinflusst, d.h. daß Rückkopplungen vom Wirtschaftsprozess selbst her auf die Ordnung nachgeordnet bleiben. Dies war das blanke Gegenteil dessen, was der Marxismus im Unterbau-Überbauschema behauptete, daß nämlich die ökonomischen Produktionsverhältnisse den moralisch-rechtlichen und politischen Überbau dominieren. Und nach 1945 war die Meinung weit verbreitet, daß erst das Fressen komme und dann die Moral, und daß der Staat nichts anderes sei, als das Machtinstrument in den Händen der herrschenden Klasse.

Hier wurde nun gelehrt, daß dem Ordnungssystem der Primat zukommt, daß es nicht nur entscheidend ist, wem die Produktionsmittel gehören, sondern daß die Produktion auf die Verbraucher hin orientiert wird. Eine Ordnungspolitik muß dabei wesentlich, um der Effektivität des Wirtschaftens willen, darauf ausgerichtet sein, ein funktionierendes Preissystem zu gewährleisten, das für die Anbieter und die Nachfrager auf dem Markt als innovatorisches Movens und regulierendes Korrektiv wirken kann. Die Voraussetzungen hierfür sind vielfältig: (1) Die Konkurrenz am Markt muß gegeben sein, d.h. Monopolbildungen ist entgegenzuwirken, ein stark umstrittenes Thema in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland; (2) die Währung muß stabil sein; (3) es muß Privateigentum an Produktionsmitteln geben und (4) Vertragsfreiheit ; (5) eine kraftvolle und vor allem stetige Ordnungspolitik allein schafft das Vertrauen, das Risiken eingehen läßt; (6) Deutschland muß wieder den Zugang zum Weltmarkt, der ebenfalls frei zu gestalten ist, finden. – Eine derartige ordnungspolitisch stabilisierte kapitalistische Wirtschaft ist, das war das Grunddogma, aus sich heraus *sozial*. – Damit ist aber auch schon in Grundzügen das sozial-marktwirtschaftliche Programm der WIPOG beschrieben, auf deren Gründer Erhard in Frankfurt stieß.

Am 1. November 1947 trat die WIPOG mit ihren *Grundsätzen* an die Öffentlichkeit. In ihnen hieß es: „Die Lähmung der Wirtschaft führt zur Verelendung der Menschen, zur Zersetzung des Gemeinwesens und zum Verfall des staatsbürgerlichen Verantwortungsgefühls. [...] Das an sich so gesetzesfromme und disziplinierte deutsche Volk ist in einen Zustand geradezu souveräner Nichtachtung der Gesetze geraten. [...] Viele Unternehmer [...] fürchten, das gute Einvernehmen mit ihren Arbeitern im Betriebe durch betriebsfremde Einflüsse zu verlieren. [...] Angesichts der Not vermißt das Volk in Haltung und Arbeit der Regierungen und politischen Parteien einen gesunden Realismus“. Diesen allgemeinen Feststellungen folgen – teilweise sehr detailliert – Forderungen zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung in dem vorn schon bezeichneten Sinn: [...] „Staatliche Plaung in Produktion und Verteilung [...] ist abzulehnen. [...] Den Grundsätzen der Marktwirtschaft: freie Konsumwahl, Freizügigkeit und freie Berufswahl als Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs muß auch schon in der Mangelwirtschaft möglichst weitgehend Geltung verschafft werden. [...] Privateigentum und Erbrecht sind anzuerkennen. [...] Der in Deutschland viel verachtete und im totalitären Staat verfemte Kompromiß ist ein wertvolles und unentbehrliches Mittel der praktischen Demokratie [...] Wir wollen keine Rückkehr zur Interessenpolitik der Wirtschaft, die zu Lasten der Allgemeinheit nach Staatshilfe ruft, wenn es schlecht geht, und die den Staat überspielt, wenn es gut geht. [...] Wir wollen eine freie, sozialverpflichtete und in diesem Rahmen verantwortlich denkende und diszipliniert handelnde Wirtschaft aufbauen.[...]“.

Unterschrieben war diese Erklärung von 47 Personen: unter ihnen RA Rudolf Mueller, erster Vorsitzender der WIPOG; Otto Klepper, stellvertretender Vorsitzender der WIPOG; Kurt Pentzlin, Geschäftsführer der Bahlsen-Kekswerke, der auch gute Kontakte zu den Gewerkschaften pflegte; RA Dr. Ernst Deissmann, Geschäftsführer der „Arbeitsgruppe Kohle“, bekannt durch den *Deissmann-Report*; Dr. Kurt Blaum, vormaliger Oberbürgermeister von Frankfurt am Main; Ludwig Erhard; Dr. Alfred Petersen, Vorstand der Metallgesellschaft AG Frankfurt und erster Präsident der IHK Frankfurt am Main; Hubert H.A. Sternberg, Schnellpressenfabrik AG Heidelberg und dortiger IHK Präsident; Theodor Heuss, vorheriger Kultusminister und damals Vorstandsmitglied der Demokratischen Partei; Dr. Richard Merton, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Metallgesellschaft AG Frankfurt; Robert Pferdenges, Teilhaber des Bankhauses Salomon Oppenheim jun., später engster finanzpolitischer Berater und Freund Konrad Adenauers; Franz Schily, Präsident der IHK Bochum. Unterzeichner waren neben Petersen die Präsidenten der Industrie- und Handelskammern Augsburg, Hannover, München, Köln, Essen, Bremerhaven; Hans-Christoph Seebohm, Niedersächsischer Arbeitsminister. Im gebildeten Beirat saßen dann unter anderem Prof. Dr. Erich Welter aus Mainz und Dr. Alexander Haffner, Salamander/Stuttgart-Kornwestheim, eine der wichtigsten Persönlichkeiten in der Gründungsphase der WIPOG und für die Sammlung der Gelder für die FAZ.

Klaus D. Schulz, der im Jahr 1986 die Gründungsgeschichte der WIPOG in seiner Dissertation zum Thema gemacht hat, entnahm Akten, die bei der IHK Frankfurt liegen, daß am 20. März 1947 im Hauptausschuß der Industrie- und Handelskammern über die Notwendigkeit diskutiert worden war, ein zonenübergreifendes „Büro oder Institut“ einzurichten, das sich wirtschaftspolitischen Themen widmet, und zwar „als Gegengewicht“ zu „der starken Aktivität der Gewerkschaften und der sozialistisch-marxistischen Wirtschaftsbehörden“. Dieses Büro sollte insbesondere Presse- und Rundfunk mit nicht-sozialistische Materialien beliefern. Der Präsident der IHK Frankfurt Petersen nahm diese Anregung sofort auf und setzte sich mit Pentzlin ins Einvernehmen und schließlich auch mit Welter, mit dem man gemeinsam den Informationsdienst etablieren wollte. Der wiederum brachte Dr. Gernot Gather, der bei Eucken promoviert worden war, ins Spiel. Namen über Namen!

Gegründet wurde im Dezember 1947 eine „Wirtschaftsberichte GmbH“, die allerdings nie tätig und nach Gründung der FAZ auch wieder aufgelöst wurde. Am 9. August 1947 wurde die WIPOG in den Räumen der IHK Frankfurt gegründet. Die ersten hinzutretenden Mitglieder waren Präsidenten der Industrie- und Handelskammern aller Westzonen.

Welche Aktivitäten gab es? Vom 5. bis zum 7. Dezember 1947 fand in Erbach eine geschlossene Eröffnungstagung statt, d.h. die Presse war ausgeschlossen. Erhard, Deissmann, Klepper und Mueller hielten Referate. Unter den 57 hochkarätigen Teilnehmern befanden sich auch Gerd Bucerus, Jürgen Tern, der spätere – nach 1960 – Herausgeber der FAZ und Welter. Für die Mahlzeiten mußte jeder Marken für 100 g Fleisch, 20 g Fett, 100 g Nahrungsmittel und 200 g Brot abgeben. Auch für Fischmarken gab es Verwendung. Am 8. März 1948 hielt der Vorsitzende der WIPOG Mueller einen bemerkenswerten Vortrag vor dem Forum der *New York Herald Tribune*. Am 26. Mai 1948 fand in Hattenheim (Rheingau) eine erweiterte Vorstandssitzung statt, in der auch Erhard das Wort ergriff. Ihr Ergebnis war die damals in der Öffentlichkeit, auch im Ausland, stark beachtete und in der Folgezeit für die WIPOG leitgebende *Hattenheimer Erklärung*, die in dem programmatischen Satz gipfelt: „Die Richtung, die wir einzuschlagen haben, ist entwicklungsgeschichtlich gewiesen: die Verankerung der abendländischen Freiheit im Gefüge der Ökonomie. Alles politische Denken und Kämpfen unserer Zeit gehen im Grunde um sie.“ Eine zweite Hattenheimer Erklärung folgte.

Bis zum Mai 1948 hatten sich in Duisburg, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Hannover und Stuttgart Arbeitsgruppen der WIPOG gebildet. In Frankfurt traf man sich jeden Donnerstag ab 18.00 Uhr in den Räumen der Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft in der Siesmayerstraße 13. Am 20./21. Oktober 1948 sprach u.a. Welter auf einer öffentlichen Kundgebung der WIPOG in der Aula der Frankfurter Universität. Sein Thema: „Sozialprodukt und weltwirtschaftlicher Wettbewerb“. Von Mitte September bis Mitte November 1948 etwa sprachen führende Vertreter der WIPOG, unter anderem Wilhelm Röpke, in 12 Städten des westlichen Deutschland zu wirtschaftspolitischen Themen. Man war über die ersten Jahre hinweg sehr rührig. Alle hatten ja einen Beruf, zumeist in führenden Positionen der im Aufbau befindlichen Wirtschaft, und gleichwohl waren die Vorstände und die Beiräte in Permanenz und zeitaufwendig in der ganzen Bundesrepublik für die WIPOG tätig. Die Veröffentlichungsliste von Dezember 1947 bis Oktober 1948 umfaßte 43 Titel.

Nach der Währungsreform wurde ein Kostenvoranschlag von 150.000,00 DM jährlich aufgestellt, davon sollten 126.000,00 DM durch Spenden aufgebracht werden, 24.000,00 DM durch Beiträge. Am 1. Juli 1948 hatte die WIPOG 986 Einzel- und 69 Firmenmitglieder, darunter auch diejenigen, die dann für die Gründung einer Zeitung ab dem Jahr 1949 erhebliche Beträge aufbrachten.

Insbesondere die informelle Wirksamkeit der Mitglieder der WIPOG im Bemühen, ein Konzept sozialer Marktwirtschaft in Deutschland zu etablieren, kann man kaum überschätzen. Man kannte sich untereinander, oder man lernte sich nun eben durch die WIPOG kennen. Man schloß sich zusammen, es handelte sich hier vornehmlich um Unternehmer, Politiker, Verbandsfunktionäre und Freiberufler, weil man die gleichen Interessen hatte. Andere organisierten sich woanders. Man fühlte sich als Stellvertretung des ganzen deutschen Volkes; solche Gefühle hatten aber auch andere, die sich auf der politisch-gesellschaftlichen Linken vielfältig organisierten und hierbei einen großen Vorsprung hatten. Und man sah man durchaus eine Gefahr. Theodor Heuss hatte die Gründungsdeklaration unterschrieben, „weil ich in der Tat das Reden vom ‘Sozialismus’ allmählich für eine Denkgefahr ansehe [...] freibleibendes Geschwätz“. Der Brief liegt in den Akten der WIPOG.

Man erinnere sich: In den Jahren 1947/48 galt ja noch das berühmt-berüchtigte antikapitalistische Ahlener Parteiprogramm der CDU, das eine weitgehende Ver-

staatlichung von Grundindustrien forderte, der Unternehmerinitiative nur den „unbedingt notwendigen Spielraum“ belassen wollte, eine weitgehende Mitbestimmung vorsah und eine staatlich gelenkte Planung noch für lange Zeit für erforderlich hielt. Erst am 15. Juli 1949 verabschiedete die CDU dann ihre Düsseldorfer Leitsätze, und sie nun lesen sich wie das Programm der WIPOG. Kein Wunder! Der Verfasser dieser Leitsätze war das Vorstandsmitglied der WIPOG Erhard, und mit der Übernahme der Regierung der sich gründenden Bundesrepublik Deutschland durch Konrad Adenauer, er gewann die erste Bundestagswahl am 14. August 1949 und berief Erhard als ersten Wirtschaftsminister in sein Kabinett, bekam dieses Konzept die Chance verwirklicht zu werden.

Aber die Stimmung in der Bevölkerung war gegenläufig, und hier galt es Überzeugungsarbeit zu leisten. Schulz faßt die Ergebnisse einer von der WIPOG in Allensbach nach der Bundestagswahl 1949 in Auftrag gegebenen Erhebung und eine gleichzeitig durchgeführte Emnid-Untersuchung zusammen: „[...] das zentrale politische Anliegen des Gründungsprogramms der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, die Konstituierung einer ‘sozial verpflichteten freien Marktwirtschaft’ im Jahre 1949 stand in einer erheblichen Distanz zu weit verbreiteten politischen Vorstellungen in der Öffentlichkeit“. Die Emnid-Untersuchung ergab, daß nur 39,4 % der 3000 Befragten sich eindeutig gegen eine Sozialisierung, was immer man auch darunter verstand, aussprachen.

Von Anfang an war es das Ziel der Initiatoren der Gründung der WIPOG gewesen, und gegenüber einer jeweils noch zu leistenden Selbstverständigung über ihre eigenen Vorstellungen und Orientierungen war dies sogar die leitende Intention, in die breite Öffentlichkeit hinein zu wirken: die Stimmungen im Lande zu beeinflussen, wirtschaftspolitisch aufzuklären und der Vielfalt „linker“, in der Lizenzpresse weitgehend vertretener, Positionen die Idee eines freimarktwirtschaftlichen, sozial verpflichteten unternehmerischen Handelns entgegenzusetzen. Nach der Gründung der WIPOG erschienen zunächst in großer Auflage deren Rundschreiben und Mitteilungen, die aber doch in letzter Instanz nur den eh schon eingeschworenen Kreis erreichten. In Deutschland gab es keine Zeitung, die die Positionen der WIPOG und die Erhards propagierte. Die *Neue Zürcher Zeitung* identifizierte „Erhard als den politisch maßgebenden Vertreter der neuen Wirtschaftsordnung“. Hier publizierte etwa auch Walter Eucken. In Deutschland aber fehlte eine wirkungsmächtige Zeitung, die den Konservatismus im Ordnungsbegriff mit dem Liberalismus im Gesellschafts- und Ökonomiebegriff verband. Es fehlte ein deutschlandweites konservativ-wirtschaftsliberales Blatt, und Erhard forderte es nachdrücklich. Viele der späteren Förderer der FAZ saßen mit Erhard an einem sich gelegentlich versammelnden runden Tisch.

Die Behörden in der amerikanischen Zone waren für eine derartige Zeitungsgründung zunächst nicht aufgeschlossen. Ein Grund mag gewesen sein, daß es in München, also in der amerikanischen Zone, schon die *Neue Zeitung* gab. Vielleicht lag die mangelnde Bereitschaft auch einfach an einer kontingenten Haltung bestimmter zuständiger Presseoffiziere. Als dann in Aussicht stand, daß die Besatzungsmächte nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland den Lizenzierungszwang für die Gründung von Zeitungen aufheben würden, die Generallizenz wurde am 21. September 1949 erteilt, war der Weg zur Gründung einer größeren deutschlandweiten und international wirksamen Zeitung frei: Und sie nun sollte auf die Programmatik der WIPOG eingeschworen werden.

Es gab in der Frankfurter Region schließlich scheiternde Überlegungen und Bemühungen, die alte *Frankfurter Zeitung* wieder zu beleben; einige von deren ehemaligen Mitarbeitern, sie war 1943 verboten worden, waren für die Wirtschaftszeitung, viele in Mainz für die dortige *Allgemeine Zeitung* tätig, das größte Blatt in der französischen Zone, das allerdings finanzielle Probleme hatte. Erich Dombrowski, dort Chefredakteur, hatte guten Kontakt zu den französischen Besatzern, die einem Zeitungsprojekt der geplanten Art, vielleicht aus einer Einsicht

in die kulturelle Gemeinsamkeit der Rhein-Main-Region oder gar Deutschlands mit Frankreich heraus, positiv gegenüberstanden. So wurde aus dem Mainzer Verlagsobjekt *Allgemeine Zeitung* schließlich das der *Frankfurter Allgemeinen*.

Es wird kaum möglich sein, im einzelnen die Kontakte der Mainzer Zeitungsverlags GmbH und der dort beschäftigten hochkarätigen Gruppe von Journalisten zu den in der WIPOG organisierten Personen und Unternehmern nachzuzeichnen. Welter kommt hier eine vermittelnde Schlüsselstellung zu. Er war Mitglied der WIPOG und hatte gewachsene Kontakte zur Wirtschaft. Sie gingen bis in die Weimarer Zeit zurück. Klepper und Welter kannten sich schon damals. Welter war Wirtschaftswissenschaftler und Professor in Mainz. Und er war ein Pressemann mit großer Erfahrung. Im Hintergrund aber war es insbesondere Dombrowski, durch die Nazizeit im Unterschied etwa zu Karl Korn, Paul Sethe und Welter nicht belastet, der die journalistischen Fäden zog. Er suchte diejenigen aus, die dann von der FAZ übernommen wurden, unter anderen Welter, Sethe, Korn, dann auch Adelbert Weinstein, Heinz Brestel, als Chef vom Dienst Hugo V. Seib. Dr. Jürgen Eick und Dr. Hans Baumgarten kamen von der Wirtschaftszeitung. Aus vielerlei Gründen (Eigentumsverhältnisse, politische Belastetheit, persönliche Animositäten ehemaliger Redakteure untereinander usw.) nahm man Abstand davon, die alte *Frankfurter Zeitung* wiederzubeleben und ging ein gänzlich neues Projekt an.

Das größte Problem: Für die Gründung der Zeitung waren erhebliche finanzielle Mittel aufzubringen. Zu erwarten war insbesondere, daß das neue Unternehmen über einen längeren Zeitraum hinweg defizitär wirtschaften würde. Am 28. August 1949 prognostizierte Dir. Georg Held vom Mainzer Verlag, neben der WIPOG der offizielle Verhandlungspartner, daß die Zeitung in den ersten sechs Monaten monatlich 100.000,00 DM Zuschuß benötigen würde. Diese Summe war noch zu tief gegriffen.

Am 11. August 1949 lud Haffner 40 Unternehmer nach Kornwestheim ein, um Geld zu sammeln. Die entscheidende Sitzung! Die meisten Zusagen beliefen sich auf 25.000,00 DM.

Am 6. September 1949 fand in Starnberg eine Sitzung der Gründer mit den Geldgebern statt, in der die Finanzierung und die personellen Fragen in Grundzügen diskutiert wurden: Das Kapital der zu gründenden GmbH beträgt DM 100.000,00, die WIPOG trägt einen Mehrheitsanteil von 51 %. Insgesamt sind von der WIPOG 750.000,00 DM Gründungskapital aufzubringen, die als unverzinsliche und unkündbare Darlehen gelten. Sollte die FAZ eines Tages in die Gewinnzone kommen, werden diese Darlehen mit 4 % verzinst. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft werden die Darlehen wie das Gesellschafterkapital behandelt. Herausgeber der Zeitung werden Dombrowski, Hans Baumgarten, Korn, Welter und Sethe. – Drei Tage später wurde dann das Starnberger Protokoll in Mainz in Gegenwart von Dombrowski zwischen der Geschäftsführung der Mainzer Zeitungs-Verlag GmbH, vertreten durch deren Direktoren und den beiden Vorsitzenden der WIPOG erörtert.

Am 28. September 1949 stand der Vertrag, auf den dann in der Folge oft Bezug genommen wurde: Die MZV GmbH stellt das Verlagsobjekt *Allgemeine Zeitung* zur Verfügung, das späterhin als Sacheinlage im Wert von 49.000,00 DM behandelt wurde, die WIPOG bringt ein Gesellschafterkapital von 51.000,00 DM und weitere 699.000 DM auf, insgesamt 750.000,00 DM. Es wird eine *Frankfurter Zeitungsverlags GmbH* gegründet. Die MZV GmbH beschränkt sich künftig auf eine regionale Verlagsarbeit. Die *Mainzer Allgemeine* kann für monatlich 8.000,00 DM Artikel der FAZ übernehmen und abdrucken. Es wird ein Verwaltungsrat gebildet, dem hälftig jeweils sechs Vertreter der MZV-GmbH und der WIPOG angehören. Am 2. Dezember 1949 unterschrieben Held und Mueller den Vertrag beim Frankfurter Notar Hans Dallwig. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 9. Februar 1950. Nun gab es endlich die Zeitung.

Dombrowski wurde im Herausbergremium *primus inter pares*. Schon bald wechselte diese Funktion unter den Herausgebern. Dombrowski schied erst 1962 aus dem Herausbergremium aus. Es war weiterhin in Mainz als Chefredakteur tätig.

Ein Anmerkung: Aus dem Nachlaß Dombrowskis, er starb im Jahr 1972, an einer Biographie dieses aufrechten, integren und imponierenden Mannes wird von Ulrich Dröge gearbeitet, geht hervor, daß er es war, der die hervorragenden Köpfe, die dann die FAZ journalistisch gestalteten, unter einem Dach zusammenbrachte und leitete. In einem warmherzigen Kondolenzschreiben nach dem Tode Dombrowskis anerkennt Welter die überragenden Leistungen und Verdienste Dombrowskis. Es ist nicht ganz gerecht, allein Welter als Gründungsherausgeber im Impressum der FAZ zu nennen, geht es doch hierbei isoliert allein um die Würdigung der journalistischen Verdienste der Zeitung. – Fragt man nach den wichtigsten Personen, ohne die die Gründung der FAZ so, wie sie erfolgte, nicht erfolgt wäre, so sind nach vorhandener Aktenlage gerechterweise nebeneinander in ihren unterschiedlichen Wirkungsbereichen zu nennen: Dombrowski, Haffner, Hoffmann, Klepper und Welter, vielleicht noch Pentzlin.

Wir sind den Ereignissen vorangeilt. Am 5. Oktober 1949 schreibt Hoffmann, gerade einmal reichlich drei Wochen vor dem ersten Erscheinen der FAZ, wir erinnern, ihn eingangs schon als Vertreter des großzügigen Geldgebers Schmid erwähnt zu haben, an den Vorsitzenden der WIPOG einen Brief über seine, d.h. aber der Förderer, Vorstellungen zum Verhältnis der Geldgeber zur WIPOG. Inzwischen waren auch erhebliche Beträge fest gezeichnet worden, Ende September 1949 bereits 350.000,00 DM. Mit diesem Brief nun wird bereits die Entmachtung Kleppers und damit die Zurückweisung von Ansprüchen der WIPOG in den Belangen der FAZ eingeleitet. Ein Jahr später sprechen dann die Herausgeber Klepper das Mißtrauen aus und Hoffmann wird Geschäftsführer und zwei Jahre später wirft die WIPOG, ihre Ohnmacht erkennend das Handtuch. Der Ton dieses Briefes zeigt, daß Hoffmann die entscheidenden Machtpotentiale hinter sich wußte. Auf seine Monenda hin wird unmittelbar in seinem Sinne reagiert. Deissmann gibt allem die angemessene juristische Form.

Hoffmann stellt legitime Forderungen. Er wehrt sich gegen die von der WIPOG vorgelegte Anmutung, sie als Treuhänderin, die Treuhänderkonten liefen auf Klepper und Mueller privat, allein über die Verwendung der gesammelten Mittel verfügen zu lassen. Auch in einem Treuhänderverhältnis sei „der Treuhänder von den Weisungen des Beauftragenden abhängig“. Gefordert wird ein Fördererausschuß, der die WIPOG bei der Einsetzung der Mittel kontrolliert. Ihm ist die „Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung zur Genehmigung vorzulegen“: „der Treuhänder (WIPOG S.B.) geht mit den Weisungen des Fördererausschusses in die Gesellschafterversammlung“, also in das höchste Gremium der FAZ GmbH, dem die MZV und die WIPOG je hälftig angehören. Des weiteren fordert Hoffmann eine genaue Abgrenzung der Verwaltungskosten der WIPOG, damit die vorhandenen Mittel auch wirklich der FAZ zufließen. Auch behalten sich die Förderer vor, die mögliche Rückzahlung der Darlehen an sie selbst, selbst zu verhandeln. Es müsse auch die Möglichkeit offen bleiben, daß sich eines Tages die Förderer von ihrem Treuhänder trennen. Zwei Jahre später trennten diese sich von jenen. Eigentlich aber war die WIPOG schon jetzt, am Vorabend des großen Erfolges, überflüssig geworden.

Der von Hoffmann geforderte Fördererausschuß, eine BGB-Gesellschaft, wurde eingerichtet und war nach kurzer Zeit, insbesondere dann auch aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen Klepper und den Herausgebern, das entscheidende und die Zeitung schließlich auch rettende Organ. Unter anderem gehörten ihm die Herren Haffner, Pentzlin und Schmid an, die Präsidenten der IHKs Augsburg (Vogel) und Mannheim (Schüle), auch der Vorsitzende der WIPOG Mueller. Klepper nahm ebenfalls an den Sitzungen des Fördererausschusses teil. Später, am Tage

des Zorns, dem Datum des Bruchs zwischen der WIPOG und der FAZ, dem 24. September 1951, wird Pentzlin die Frage aufwerfen, ob zu Recht.

Worin bestanden die Differenzen, von denen schon mehrfach die Rede war? Die WIPOG beklagte, und wir können immer voraussetzen, daß es insbesondere Klepper war, der sich hier äußerte, daß die FAZ sich zunehmend von der durch die WIPOG vertretenen Politik entfernte. Wir sollten erinnern, daß im Juni 1950 der Koreakrieg ausbrach, und insbesondere in außenpolitischen Fragen kam es zu Differenzen. Als Dombrowski in einem Leitartikel im April 1950 eine eigene deutsche, vom Westen sich abhebende, Außenpolitik gegenüber dem Osten forderte, reagierte Klepper empört. Am 27. Juni 1950 wird in einer gemeinsamen Sitzung von Verwaltungsrat, Redaktion und WIPOG Dombrowskis Haltung von der Wipog als „Versöhnungspolitik“ diskreditiert und „Festigkeit und Eindeutigkeit in Frontstellung gegen das bolschewistische System“ gefordert. Meinungsverschiedenheiten gab es, so die spätere WIPOG-Stellungnahme, in bezug auf die deutsche Wiederbewaffnung, im Methodenstreit zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft, in der Haltung gegenüber den Gewerkschaften, auch in der Haltung der Nazivergangenheit Deutschlands gegenüber. Dies alles wäre im einzelnen erst noch forschungsmäßig aufzuarbeiten. Die WIPOG beklagte besonders, sie war der Verleger und in ihrer Hand lag die Geschäftsführung in der Person Kleppers, daß die Redaktion unabhängig von ihr jeweils über die Einzelartikel entschiede. Die Artikel Kleppers kamen allerdings ohne deren Einflußmöglichkeit in die Zeitung. Die Förderer stellten sich zunehmend auf die Seite der Herausgeber und der Redaktion.

Die Journalisten ließen sich nicht an der kurzen Leine führen. Klepper hatte ersichtlich kein Verständnis dafür, daß eine Tageszeitung oft genug von der Hand in den Mund leben muß. Naturgemäß spiegelt eine Zeitung dieser Größe und dieser Qualität auch eine große Meinungsvielfalt, eine größere jedenfalls, als die WIPOG gestatten wollte. In einem privaten Brief schrieb Klepper am 15. Juli 1950 über seine Schwierigkeiten mit den Redakteuren, „die ja von Natur undiszipliniert sind“ und seine Geschäftsführung „als eine Diktatur“ empfanden. Es war so, daß Klepper oft versucht war, direkten Einfluß auf die Redaktion zu nehmen. Und Mitte 1950 entließ er unter Umgehung der Herausgeber einen wichtigen Redakteur. Das brachte das Faß zum überlaufen. Am 22. Mai 1950 erklärte Klepper seinen Rücktritt als Geschäftsführer, den Dombrowski am nächsten Tag den Herausgebern bekannt gab. Über diesen Rücktritt allerdings gibt es keine endgültige Klarheit anhand der Akten. Wurde er doch noch rückgängig gemacht? Denn im darauf folgenden September ist in einem Protokoll von einem Wechsel der Geschäftsführung zu Hoffmann die Rede, so als sei Klepper bis dahin doch noch Geschäftsführer gewesen.

Klepper erwog Mitte 1950, das Projekt FAZ ganz einzustellen, nicht zuletzt, weil deren Finanzierung in eine Krise geraten war. Das Defizit der Zeitung betrug in den ersten vier Monaten nach Gründung 430.000,00 DM. Im August 1950 waren immer noch monatlich 60.000,00 DM Zuschuß nötig. Mitte 1950 wurden nicht mehr als 33.000 Exemplare verkauft. Man ließ die FAZ nicht fallen, um, wie es in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 28. August 1950 hieß, die WIPOG nicht zu gefährden.

Anstoß erregte auch Kleppers kompromißlose und schroffe Art des Umgangs, die noch heute kolportiert wird. Im Jahr 1999 schrieb der sich erinnernde Heinz Brestel in der FAZ über Klepper: „Sein Führungsstil war in Redaktion und Verlag eher gefürchtet. Wurde ein Redakteur zum Rapport bestellt, mußte er, vor dem Schreibtisch stehend, Fragen beantworten. Empfehlenswert war es, nur etwas zu sagen, wenn man gefragt wurde. Unvergessen ist mir die Paternoster-Geschichte. Der Paternoster in der Börsenstraße beförderte die Beschäftigten samt aller Akten vom Keller bis zum Dachboden und zurück. Eines Tages sprang im letzten Augenblick der damalige Chef vom Dienst, Hugo V. Seib [...] mit Schwung in eine der



Gondeln, in der schon Klepper stand und sich offensichtlich belästigt fühlte. Seib wünschte: „Guten Morgen, Herr Klepper.“ Der schaute Seib von oben bis unten an und zischte: „Minister!“ Seib nahm darauf stramme Haltung an. „Gestatten, Seib, Obergefreiter“. Der ganze zweite Stock schmunzelte.“

Das unerfreuliche Verhältnis zwischen den Herausgebern und Klepper war im September 1950 das Thema einer Sitzung des Fördererausschusses. Es wurde vereinbart, daß Klepper keinen Kontakt mehr zu den Herausgebern halten sollte; er dürfe aber weiterhin in der FAZ schreiben, wann er wolle. Die WIPOG verzichtete nicht auf ihren Einfluß auf die Gestaltung der Zeitung. Man brauche aber einen neuen Geschäftsführer. Pentzlin lehnte ein an ihn gerichtetes Ansinnen ab, Hoffmann unter Hinweis auf seine Verpflichtungen anderwärts auch. Schließlich tritt man Dr. Viktor Muckel, der ablehnte, wenn Klepper im Verwaltungsrat bleibe. Schließlich wurde Hoffmann doch noch überredet, dieses Amt wenigstens bis zum Jahresende 1950 wahrzunehmen. Er hatte es bis 1972 inne.

Klepper blieb stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats. Es ist – wie schon gesagt – nicht ganz klar, ob Klepper erst mit dieser Sitzung seinen Rücktritt als Geschäftsführer vollzog, oder ob er dies schon drei Monate zuvor getan hatte. Am 16. September 1950 werden die Herausgeber von den Beschlüssen des Fördererausschusses unterrichtet. Zwischen die Herausgeber und Klepper tritt der Geschäftsführer Hoffmann, der Vertrauensmann der Förderer.

Es gibt in den noch vorhandenen Akten, insbesondere im Blick auf das bereits erwähnte Gespräch zwischen Hoffmann, Schmid und Welter aus dem Jahr 1961, einige Unklarheiten über Datierungen, die aber für die allgemeine Würdigung der Auseinandersetzungen nicht erheblich sind. Festzuhalten ist: Das Verhältnis zwischen den Kontrahenten wurde nach den Septemberereignissen von 1950 nicht besser. Zur Jahreswende 1950/51 sieht sich sogar der Vorsitzende der WIPOG Rechtsanwalt Mueller veranlaßt, Klepper abzumahnern. Wenn Klepper sich nicht ausschließlich auf die Aufsichtsorgane beschränke, dann „bleibt wohl nur der Versuch, die FAZ ohne Ihre persönliche Mitwirkung weiterzuführen“. Mueller in diesem Brief an seinen Stellvertreter weiter: „... ich habe das Gefühl, daß Sie vielleicht manche Dinge übersehen, die ihnen sonst niemand sagt“ (gemeint ist „als ich“).

Anfang 1951 gelang es Klepper, amerikanische Gelder in Höhe von monatlich 55.000,00 DM für eine von der WIPOG zu gestaltende Wirtschaftsbeilage einzuwerben, die das Ziel hatte, die wirtschaftliche Integration Deutschlands in die westliche Welt zu fördern. Diese Gelder, die für die Beilage nur zu einem Teil gebraucht wurde, stabilisierten für einige Monate die wirtschaftliche Situation der Zeitung. Sie flossen aber nur bis August 1951. Ihr Wegfall bewirkte, daß Hoffmann im September 1951 die Gehälter nicht mehr bezahlen konnte. – Es ist anzunehmen, daß Schmid von der Zellstoff Waldhof AG dem ihm nahestehenden Hoffmann in der Krisensituation zu diesem Zeitpunkt mit seiner schon erwähnten Spende in Höhe von 300.000,00 DM half, die FAZ zu retten.

Von wem die in Frage stehenden „amerikanischen Gelder“ konkret stammten, ist bislang nicht ganz geklärt. In den Protokollen ist nur von einer „neuen Fördergruppe“ die Rede, wahrscheinlich aber gab es gar keine personal identifizierbare „Gruppe“. Suggestiert wird, daß es sich um eine an die Person Kleppers gebundene und über ihn vermittelte Finanzspritze handelte, die von den neuen Förderern an gewisse Bedingungen geknüpft war, z.B. die Einsetzung eines Chefredakteurs, eine Verbindung mit der Zeitung *Neue Presse*, eine bestimmte wirtschaftspolitische Ausrichtung der Zeitung, nämlich derjenigen der WIPOG usw.

Genannt wird in diesem Zusammenhang der Name von Shepard Stone, der unter John McCloy Kulturoffizier gewesen war und viele Gelder in kulturelle Projekte in Deutschland vermittelte. Insbesondere war er auch zuständig für den Aufbau einer demokratischen Presse. Es gab in der in Frage stehenden Zeit bekanntlich systematisch betriebene amerikanische Aktivitäten, auf die intellektuellen

europäischen und insbesondere auch deutschen Eliten in antikommunistischer Zielrichtung einzuwirken, z.B. bei der Finanzierung und Organisation des berühmten und für das Selbstverständnis der europäischen Linken so wichtigen im Jahr 1950 stattfindenden *Kongresses für kulturelle Freiheit*. Auch hier wird der Name Shepard Stones an hervorragender Stelle genannt. Es standen für alle diese Zwecke erhebliche Mittel zur Verfügung, die teilweise über Stiftungen flossen, auch als Marshallplanmittel (ECA) liefen usw. Stone war dann ab 1953 im Stab der Ford-Foundation und dort zuständig für internationale Beziehungen. Ab 1974 leitete er das Aspen-Institut in Berlin und wurde Berliner Ehrenbürger. Ein wichtiger Mann also für die kulturell-politische Integration Deutschlands in den Westen! – Es ist nicht abwegig, die Herkunft der in Frage stehenden Mittel in einer derartigen amerikanischen Einflußnahme zu vermuten, die auch anderen Zeitschriften und Zeitungen zugute kamen, und es ist jedenfalls klärungsbedürftig, welche Bedingungen die Geldgeber bzw. -vermittler tatsächlich und genau gestellt haben und ob es die waren, die Klepper in den Sitzungen der Gremien geltend machte. Klepper schreibt, daß Shepard ihm wegen des Mißglückens des Vorhabens, „die FAZ zu einem Organ unserer Richtung zu machen“ die Schuld gebe und ihm deshalb „nicht sehr grün“ sei. Ganz im Gegenteil: Stone sei schuld.

Langsam aber kam die FAZ auf die eigenen Füße. Ab Mitte des Jahres 1951 wurden nur noch monatlich 25.000,00 DM an Zuschuß gebraucht, Ende 1952 wurde die Rentabilitätsgrenze erreicht. Die Auflage wuchs stetig. Im September 1951 überschritt sie die Sechzigtausendergrenze.

Die zunehmende Autarkie der Zeitung, die Entfremdung vieler Förderer, z.B. Haffner und Pentzlin lösten sich gänzlich von der WIPOG, Pentzlin warf ihr Klepperhörigkeit vor, die Unduldsamkeit Kleppers, das wachsende Selbstbewußtsein der Redaktion, alles dies sind Gründe, die dann zu der von der WIPOG zunächst angedrohten, dann herbeigeführten Aufkündigung der Zusammenarbeit führten. Anlaß waren Auseinandersetzungen um die Person eines einzusetzenden Chefredakteurs, über den Klepper, also die WIPOG, durchaus unter dem Einsatz auch finanzieller Druckmittel, wieder politischen Einfluß auf die Zeitung gewinnen wollte. Die von Klepper ausersehene Person wurde im Fördererausschuß abgelehnt, und man einigte sich dort auf Welter. Diese Wahl aber lehnte die WIPOG ab. Bekanntlich ist die FAZ in der Zukunft ohne einen Chefredakteur ausgekommen. Die Gründe für die Trennung lagen tiefer, so ganz aber sind sie aus der weiten Entfernung auch nicht oder noch nicht durchsichtig. Die WIPOG drohte in der Fördererausschußsitzung vom 15. August 1951 mit der Aufkündigung ihrer Trägerschaft; Haffner forderte das Ausscheiden Kleppers. Die Drohung der WIPOG verpuffte. Die WIPOG beschloß dann am 17. September 1951, die Trennung zu vollziehen. Ihren Beschluß teilte sie eine Woche später dem Fördererausschuß mit. Es kam zu scharfen gegenseitigen Vorwürfen.

Die WIPOG vollzog einen abstrakten Schnitt und gab alle ihre Gesellschafteransprüche zugunsten einer neuen *Allgemeinen Verlags GmbH* auf, die nun in den Händen der Förderer selbst lag. Sie solidarisierte sich mit Klepper, wie es scheint, vorbehaltlos.

Nicht ganz verständlich ist es, daß die führenden Köpfe der WIPOG, allen voran der besonnene Vorsitzende Mueller, nicht ausgleichend wirkten. Ein von Gather und Pufendorf verfaßtes Rechtfertigungspapier ist meines Erachtens nicht hinreichend, um die getroffenen Entscheidungen zu erklären. Klepper sagte der FAZ schließlich nach, „sozialreaktionär und restaurativ“ zu sein. Viele Personen im Umfeld, selbst solche, die Klepper einst nahestanden, personalisierten den Konflikt, und sahen in der Person Kleppers und in dessen Kompromißlosigkeit den Schuldigen. Gather gab wohl später zu Protokoll, daß der „Bruch ... nicht notwendig gewesen (sei), denn alle Wipog-Mitarbeiter hätten jederzeit die Möglichkeit gehabt, ihre Gedanken in der Zeitung darzulegen, und ein solches Instrument aus der Hand zu geben, sei unklug und unnötig gewesen“. Diese Äußerung

erwähnt Astrid von Pufendorf in ihrer umfangreichen Arbeit über Otto Klepper, wohl aufgrund einer mündlichen Einlassung Gathers ihr gegenüber. Diese Einschätzung Gathers deckt sich mit der Aktenlage. Haffner betonte in der Aufkündigungssitzung vom 24. September 1951, daß es dem Fördererausschuß nur um die Trennung von Klepper gegangen sei, nicht um die von der WIPOG. Welter vermerkte einen Tag zuvor in einem Brief an Toni Stolper, der Amerikakorrespondentin der FAZ, die ihrerseits bereits Kleppers Kritik ausgesetzt gewesen war, daß sich Klepper „mehr und mehr als ein geradezu gemeingefährliches Individuum entpuppt“ habe.

Die WIPOG war ein Mittler, sie brachte die Journalisten und das Geld zusammen, und so ist sie im besten Sinne ein Gründer gewesen. Sie war aber eigentlich schon einige Wochen vor dem Erscheinen der FAZ, dies zeigen die vorn zitierten Auslassungen Hoffmans, als Treuhänderin überflüssig geworden. Die Förderer zeigten sich durchaus in der Lage, ihre Interessen selbst zu vertreten, und schon während der Zeit der Treuhänderschaft der WIPOG war der Fördererausschuß das eigentlich funktionierende, aber eigentlich informell wirkende Organ der FAZ. Er vermittelte in den Konflikten, die eigentlich seine Treuhänderin verursachte. Eine durchaus paradoxe und unhaltbare Situation, die dann schließlich auch implodierte.

*Epilog:* Ende 1953 geht es noch einmal um die Beträge, die als Darlehen von Förderern zwischen 1949 und 1951 über die WIPOG zur FAZ geflossen sind. Das Finanzamt machte Steuernachzahlungen geltend. Insgesamt flossen 944.000,00 DM über die WIPOG zur FAZ, sagen wir, weil dies besser klingt, eine knappe Million. In diesem Betrag war der Kapitalanteil der WIPOG in Höhe von 51.000,00 DM enthalten. Der Besitztitel an der FAZ war aus den Darlehen der Förderer bezahlt worden, nicht aus den Etatmitteln der WIPOG, also – wenn man so will – aus Schulden, die aber wiederum nicht die WIPOG selbst hatte, sondern wenn einer, dann die FAZ, denn für sie waren die Darlehen von den Förderern gegeben worden.

Am 18. Oktober 1951 verzichtete dann konsequenterweise auch die bis dahin treuhänderisch tätige WIPOG auf die auf ihren Namen lautenden Gesellschafteranteile zugunsten der nun von den Förderern selbst, den Darlehnsgebern also, gegründeten *Allgemeinen Verlagsgesellschaft mbH*. Die Darlehensgeber haben dann bis Ende 1951 einzeln gegenüber der FAZ auf die Rückzahlung der Darlehen in Höhe von rund 700.000,00 DM verzichtet, weitere Verzichtserklärungen folgten. Es war nötig, noch weitere Mittel nachzuschießen, bis dann ein weiteres Jahr später die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auf ihren eigenen Füßen stand.

In einigen Tagen wird die Zeitung auf eine 55-jährige Geschichte zurückblicken. Sie ist noch nicht geschrieben worden.

